



Merkel sollte soziale und demokratische Entwicklung in Lateinamerika anerkennen

Pressemitteilung von Alexander Ulrich, 16. Mai 2008

"Anstatt paramilitärischen Regimen wie dem Kolumbiens Avancen zu machen, sollte die Bundeskanzlerin besser die soziale Entwicklung linker Demokratien in Lateinamerika anerkennen", so der Europapolitiker und stellvertretende Vorsitzende der deutsch-brasilianischen Parlamentariergruppe, Alexander Ulrich (DIE LINKE), zum Auftakt des EU-Lateinamerika-Gipfels in Lima. Ulrich weiter:

"Die Menschen in Lateinamerika haben die korrupten Regime abgewählt. Sie haben ein feines Gefühl für Ratschläge aus Europa, bei denen es in um die Interessen europäischer Konzerne geht. Der Versuch der Bundeskanzlerin, die lateinamerikanische Integration zu Gunsten des Freihandels mit der EU aufzuweichen, ist nicht nachvollziehbar. Lateinamerika hat dasselbe Recht, seinen Binnenmarkt zu entwickeln, wie die EU.

Die EU und Lateinamerika sollten bei der Förderung regenerativer Energien kooperieren. Die Energie- und

Lebensmittelkrise lassen sich nur beherrschen, wenn die Abhängigkeit der lateinamerikanischen Wirtschaft vom Öl, die Rodung des Regenwaldes und der Anbau von Biokraftstoffen der ersten Generation verringert werden. Dies erfordert jedoch die Bereitschaft der EU die betroffenen Staaten Lateinamerikas hierfür zu kompensieren. Die EU kann sich zudem im Export regenerativer Energietechnik engagieren."